

WWW.SCHNEIDER-INSTITUTE.DE

INSTITUT FÜR VÖLKERRECHT

Schneider-Institute.de · Breul 16 · 48143 Münster

An

Internationales Recht und Diplomatie

Generaldirektor der
Schneider-Institute.de
RENÉ SCHNEIDER
BREUL 16
48143 MÜNSTER
Telefax (02 51) 3 99 71 62
Telefon (02 51) 3 99 71 61
von 11 bis 21 Uhr

Daten gespeichert gemäß DSGVO
USt-IdNr.: DE198574773

22. März 2024 – No. 28588

Immer erinnern, nie vergessen, nie vergeben:

25. Jahrestag des NATO-Überfalls auf Jugoslawien, der deutsch-jugoslawische Krieg von 1999

Vom 24. März 1999 bis 10. Juni 1999 führte die Bundesrepublik Deutschland (BRD) unter der Regierung von Gerhard Schröder (SPD) und Josef Martin alias „Joschka“ Fischer (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) gemeinsam mit anderen NATO-Staaten einen völkerrechts-verbrecherischen Angriffskrieg gegen die souveräne und friedliebende Federal Republic of Yugoslavia (FRY).

Aus diesem verbrecherischen Angriffskrieg, der in den Akten des Internationalen Gerichtshofes (IGH) sehr gut dokumentiert ist, — <https://www.icj-cij.org/case/108> — ging mein INSTITUT FÜR VÖLKERRECHT in Münster hervor.

Zur Erinnerung:

Das Institut für Völkerrecht ist eine private Forschungsstelle, die im deutsch-jugoslawischen Krieg von 1999 entstanden ist.

Die Hauptaufgabe des Instituts besteht darin, die Kriegs- und Staatsverbrecher, die sich 1999 an dem NATO-Überfall auf die souveräne Bundesrepublik Jugoslawien beteiligt haben, genauso vor Gericht zu bringen, wie schon 1945 eine andere Regierung für ihren Überfall auf Jugoslawien vor das Nürnberger Tribunal gebracht wurde. *"Gleiches Recht für alle!"*

Kapitel I.

Die Kriegsverbrechen von 1999 sind in Belgrad schon angeklagt und abgeurteilt worden, die Haftstrafen müssen nur noch vollstreckt werden:

Staatsanwaltschaft Belgrad,

Anklage vom 29. August 2000

URL: http://www.Schneider-Institute.de/KT-420-99_290800.htm

Distriktgericht Belgrad,

Urteil vom 21. September 2000

URL: http://www.Schneider-Institute.de/KT-420-99_210900.htm

"Haftbefehl gegen Gerhard Schröder"

"Die Welt" vom 19. April 2001

URL: http://www.welt.de/print-welt/article446141/Haftbefehl_gegen_Gerhard_Schroeder.html?print=yes#reqdrucken

Deutscher Bundestag, Drucksache 14/9384 vom 14. Juni 2002

Kleine Anfrage

URL: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/14/093/1409384.pdf>

Deutscher Bundestag, Drucksache 14/9756 vom 4. Juli 2002

Antwort der Bundesregierung

URL: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/14/097/1409756.pdf>

Kapitel II.

Dem Kriegsbeginn am 24. März 1999 gingen einige parlamentarische Entscheidungen voraus, womit die politischen Voraussetzungen für die Beteiligung der Bundeswehr an diesem Krieg geschaffen wurden. Eine dieser Abstimmungen fand am 16. Oktober 1998 im Deutschen Bundestag statt. Dabei hatten die Bundestagsabgeordneten über folgenden von der Bundesregierung vorgelegten Antrag zu entscheiden: *"Deutsche Beteiligung an den von der NATO geplanten und in Phasen durchzuführenden Luftoperationen zur Abwendung einer humanitären Katastrophe im Kosovo-Konflikt"* (Drucksache 13/11469).

Deutscher Bundestag, Drucksache 13/11469 vom 12. Oktober 1998

URL: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/13/114/1311469.pdf>

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß der 13. Deutsche Bundestag (Regierung Kohl/Kinkel) am 16. Oktober 1998 noch einmal eine weitreichende Entscheidung traf, bevor der schon am 27. September 1998 gewählte 14. Deutsche Bundestag (Regierung Schröder/Fischer) zu seiner konstituierenden ersten Sitzung am 26. Oktober 1998 zusammentreten sollte.

Die [Mit-] Schuld für den deutschen Kriegseintritt liegt deshalb nicht allein bei der rot/grünen Regierung Schröder/Fischer sondern auch bei der schwarz/gelben [Vorgänger-] Regierung Kohl/Kinkel, und bei allen Mitgliedern des 13. Deutschen Bundestages, die am 16. Oktober 1998 mit "Ja" gestimmt haben, ihre Namen sind im Plenarprotokoll der 248. Sitzung aufgelistet.

Das Ergebnis ist bekannt: Von 580 anwesenden Parlamentariern stimmten 500 mit "Ja", 62 mit "Nein" und 18 enthielten sich der Stimme.

Plenarprotokoll der 248. Sitzung des 13. Deutschen Bundestages vom 16. Oktober 1998

URL: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/13/13248.pdf>

Vgl. <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/13/13248.asc>

**Bundesjustizminister (a. D.) Prof. Dr. iur. Edzard Schmidt-Jortzig,
Schreiben vom 27. Oktober 2000 - Seite 1**

URL: <http://www.Schneider-Institute.de/SJ-271000-1.pdf>

**Bundesjustizminister (a. D.) Prof. Dr. iur. Edzard Schmidt-Jortzig,
Schreiben vom 27. Oktober 2000 - Seite 2**

URL: <http://www.Schneider-Institute.de/SJ-271000-2.pdf>

Kapitel III.

Am 29. April 1999 reichte die Bundesrepublik Jugoslawien (Federal Republic of Yugoslavia, FRY) beim Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag Klage gegen zehn NATO-Staaten ein (Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Kanada, die Niederlande, Portugal, Spanien, die USA und das Vereinigte Königreich). Nicht beklagt wurden Dänemark, Griechenland, Island, Luxemburg, Norwegen, Polen, Tschechien, die Türkei und Ungarn.

Das Verfahren endete fünf Jahre später wegen angeblich fehlender Zuständigkeit des IGH ohne eine Entscheidung in der Sache, weil die FRY angeblich keine Rechtsnachfolgerin des UNO-Gründungsmitglieds Jugoslawien und deshalb während des Krieges vom 24. März 1999 bis 10. Juni 1999 kein Mitglied der Vereinten Nationen gewesen sein soll, obwohl sie ihre UNO-Mitgliedsbeiträge in allen Jahren regelmäßig und vollständig bezahlt hatte. *"Heute ist ein schwarzer Tag fürs Völkerrecht!"* (Kommentar von René Schneider, 1999 und 2004).

**Der deutsch-jugoslawische Krieg von 1999 vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH)
der Vereinten Nationen,**

Aktenzeichen: General List No. 108

URL: <http://www.icj-cij.org/docket/index.php?p1=3&p2=3&code=yge&case=108&k=ed>

Pressemitteilung vom 15. Dezember 2004

"Heute ist in schwarzer Tag fürs Völkerrecht"

Von René Schneider

URL: <http://www.Schneider-Institute.de/PM-21077.pdf>

* * *

Nachwort:

Praktisch alle von der NATO geführten Kriege sind von ihr selbst angezettelte Angriffskriege zum Zwecke angeblicher Demokratisierung und Befreiung angeblicher Schurkenstaaten. Die aggressiven Kriege werden regelmäßig als angebliche Präventivkriege einer sich angeblich besorgt zeigenden NATO inszeniert.

Es folgt eine unvollständige Auflistung von NATO-Aggressionen insbesondere gegen rohstoffreiche Länder:

- **1999** im NATO-Aggressionskrieg gegen Jugoslawien, getarnt durch die Völkermordlüge der Serben gegen die Kosovo-Albaner,
- **2001** im NATO-Aggressionskrieg gegen Afghanistan, scheinbar gedeckt durch den Artikel 51 der UNO-Charta, weil ein Mitgliedsland der NATO, die USA, angeblich von Afghanistan aus angegriffen worden und man nun verpflichtet sei, sich militärisch beizustehen,
- **2003** im NATO-Aggressionskrieg gegen den Irak (Dritter Golfkrieg) unter der verlogenen Propaganda, der Irak habe Massenvernichtungswaffen und man müsse deren Einsatz gegen die westliche Welt zuvorkommen.
- **2011** im NATO-Aggressionskrieg gegen Libyen, um den Präsidenten Muammar al-Gaddafi zu stürzen, die spätere Ursache der Asylantenflut in Europa.
- **2013** im Aggressionskrieg mehrerer NATO-Mitgliedsstaaten gegen Syrien, da der Präsident Baschar al-Assad chemische Waffen gegen die Bevölkerung eingesetzt habe.

Eine nicht weniger völkerrechtswidrige Aggression ist die absprachewidrige Ost-Erweiterung der NATO zum Nachteil Rußlands und die Unterstützung der Ukraine im russisch-ukrainischen Konflikt um die Halbinsel Krim und die ur-russischen Gebiete im Osten des künstlichen Staatsgebildes der Ukraine.

Die NATO ist nach der Auflösung des 1955 vereinbarte „Warschauer Paktes“ leider nicht auch aufgelöst worden, sondern sie hat sich zu einem böartigen Krebsgeschwür im Körper der Menschheit entwickelt, ***aus dem ehemaligen Verteidigungsbündnis der NATO ist 1999 eine verbrecherische Organisation geworden!***

* * *